



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Aktionszentrum „Forum Rauchfrei“**

1. Rauchverbot am Arbeitsplatz :

Die Arbeitsstättenverordnung verpflichtet Arbeitgeber, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nicht rauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind. Eine Ausnahme bilden hierbei Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr. Dies bedeutet, dass Arbeitnehmern im Besonderen in der Gastronomie der Schutz vor den Gesundheitsgefahren des Tabakrauchs verwehrt wird.

Befürwortet Ihre Partei eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung dahingehend, dass die Ausnahmen für Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr gestrichen werden?

Antwort

Für CDU und CSU steht der Schutz der Allgemeinheit - auch am Arbeitsplatz - vor Belastung des Tabakrauchs bzw. der Auswirkung von Rauchwaren im Vordergrund. Kaum ein anderes Produkt ist neben dem Sucht- und Krankheitspotenzial beim unmittelbaren Gebrauch/Konsum derart in der Lage auch Unbeteiligte nachhaltig in Mitleidenschaft zu ziehen. Wir stehen daher zu einem hohen Schutzniveau vor Belastungen des Tabakrauchs, insbesondere in geschlossenen Räumen und gerade wenn diese öffentlich zugänglich sind. Gleichzeitig sehen wir es als richtig und verfassungsrechtlich geboten an, dass die Länder über die konkrete Ausgestaltung – gerade im Bereich der Gastronomie - selbst entscheiden können. In Bayern fußt das geltende Rauchverbot beispielsweise auf dem Volksentscheid aus dem Jahr 2010, in dem sich eine klare Mehrheit für die jetzt geltende strenge Regelung ausgesprochen hat.

Gleichzeitig ist aber nicht unbedingt nachvollziehbar, warum einem Landwirt oder Handwerker unter freiem Himmel während der Arbeitszeit das Rauchen unter Strafdrohung generell untersagt werden sollte.

2. Werbeverbot für Tabakwaren:

Artikel 13 des Gesetzes zu dem Tabakrahenübereinkommen fordert: „Jede Vertragspartei erlässt in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung oder ihren verfassungsrechtli-

chen Grundsätzen ein umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabak sponsoring.“

Unterstützt Ihre Partei ein umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabak sponsoring? Wie steht Ihre Partei dazu, dass im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten in Deutschland immer noch Tabakwerbung auf den Straßen (Außenwerbung) erlaubt ist? Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Sponsoring in Form von Zuwendungen an politische Parteien und deren Organe durch die Tabakindustrie?

Antwort

Aufgrund des Sucht- und Krankheitspotenzials und der Belastung Unbeteiligter gerade in geschlossenen Räumen ist die Möglichkeit der Werbung für Rauchwaren gänzlich untersagt bzw. stark eingeschränkt. Betroffen sind vor allem elektronische sowie gedruckte Medien und grenzüberschreitende Großereignisse. Diese strengen Einschränkungen wollen wir beibehalten und somit die Möglichkeiten der Hersteller bzw. Vertriebenen, Werbekampagnen durchzuführen, weiterhin eng begrenzen. Darüber hinaus muss Europäisches Recht, wenn es gültig und bindend ist, auch umgesetzt werden. Bei der Beschränkung der Tabakwerbung ist zwischen Gesundheitsschutz und Schutz geistigen Eigentums in Form von Markenrecht abzuwägen. Gleichzeitig ist zu beachten, dass es sich bei Zigaretten zumeist um in der Europäischen Union legal hergestellte Produkte handelt

3. Tabakproduktrichtlinie der EU:

Die neue Tabakproduktrichtlinie der EU wird voraussichtlich im Jahr 2014 erlassen werden.

Spricht sich Ihre Partei für bildliche Warnhinweise auf 75 Prozent der Vorderseite der Packung und neutrale Verpackungen für Tabakprodukte aus (keine Abbildung von Markenlogos u. a.)?

Antwort

CDU und CSU sind der Auffassung, dass auf die Gefahren des Tabakkonsums in all seinen Darreichungsformen nachhaltig hinzuweisen ist. Hierbei können auch bildliche Darstellungen hilfreich sein. Zudem muss darauf geachtet werden, dass der Sachzusammenhang stimmt. Beispielsweise ist kaum vermittelbar, dass Kau- oder Schnupftabak Lungenkrebskrankungen hervorrufe. Nicht zuletzt sind die Risiken des Tabakkonsums in der Bevölkerung weitgehend bekannt, so dass die reine Vergrößerung der Warnhinweise für eine spürbare Minderung des Tabakkonsums nicht entscheidend sein wird. Es sollte zudem sichergestellt sein, dass nicht zuletzt im Sinne des Markenrechts die unterschiedlichen Anbieter erkennbar bleiben.

4. Schutz gesundheitspolitischer Maßnahmen:

Artikel 5.3 des Gesetzes zu dem Tabakrahmenübereinkommen fordert, gesundheitspolitische Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs vor der Tabakindustrie zu schützen. Dazu ist ein umfangreicher Verhaltenskodex in Leitlinien aufgestellt worden. In der Vergangenheit hat sich die Tabakindustrie bemüht, ihr Ansehen durch die Unterstützung sozialer Projekte zu verbessern und hat Mandatsträger umworben, um das gesellschaftliche Klima zugunsten des Tabaks zu beeinflussen. Empfohlen wird deshalb, den Kontakt zur Tabakindustrie zu meiden.

Unterhält Ihre Partei Kontakte zur Tabakindustrie? Nimmt Ihre Partei Spenden oder irgendeine andere Form von Unterstützungsleistungen von der Tabakindustrie entgegen? Beteiligen sich Vertreter Ihrer Partei bei sozialen Projekten der Tabakindustrie?

Antwort

CDU und CSU haben im Rahmen ihrer politischen Arbeit in verschiedenster Form Kontakt zu vielen Unternehmen und Verbänden in unterschiedlichsten Branchen. Es entspricht der vom Verfassungsgeber aufgegebenen Aufgabenstellung der Parteien, mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Dialog zu stehen.

Spenden an politische Parteien sind ein notwendiger und vom Verfassungsgeber erwünschter Bestandteil der Parteienfinanzierung in Deutschland. Die CDU und CSU halten sich in dieser Frage an die Vorgaben des Parteiengesetzes. Dies beinhaltet, dass

Parteispenden in den Rechenschaftsberichten genannt und von der Bundestagsverwaltung veröffentlicht werden.

Wie Mitglieder anderer Parteien sind auch solche aus CDU und CSU in Stiftungsräten und Kuratorien von Stiftungen, die in Verbindung mit der Tabakindustrie oder ihren Zulieferern stehen, vertreten.